

Konsequenzen aus der PISA-Studie Positionspapier der AG Bildung und Forschung

Das schlechte Abschneiden Deutschlands im weltweit bisher größten internationalen Schülerleistungsvergleich PISA (Program for International Student Assessment) hat uns im letzten Jahr alle alarmiert. Die Schwächen unserer Schülerinnen und Schüler bei der Lesekompetenz sowie bei der mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundbildung zeigen, dass sie auf die Anforderungen der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft schlecht vorbereitet sind. Allerdings gibt es von Bundesland zu Bundesland doch erhebliche Unterschiede, die uns zu denken geben sollten. Hier wurden aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik doch auch massive Unterschiede zwischen den Bundesländern offenbar, wonach wenigstens Bayern und Baden-Württemberg immer noch vergleichsweise gut abschnitten.

Nach Beratungen mit den unionsgeführten Bundesländern und einer Anhörung von externen Sachverständigen im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages hat die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die sich bisher abzeichnenden Konsequenzen aus der internationalen PISA-Studie in einem Positionspapier zusammengefasst.

Ganz unvorbereitet hat uns dieses Ergebnis jedoch nicht getroffen. Schon seit geraumer Zeit fordert die Union deshalb eine grundlegende Bildungsreform, bei der die Verbesserung der schulischen Bildung an vorderster Stelle steht.

Auch die Anhörung von Sachverständigen im Bildungsausschuss zu den "Folgerungen aus der PISA-Studie und den Empfehlungen des Forums Bildung" am 20. März diesen Jahres hat gezeigt: Wir müssen uns in Deutschland noch intensiver mit unseren Schulen befassen. In unseren Schulen werden die Voraussetzungen für eine qualifizierte Ausbildung geschaffen. Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland hängt entscheidend auch davon ab, dass wir unsere Kinder und Jugendlichen möglichst optimal auf das Berufsleben vorbereiten und den Fachkräftenachwuchs im eigenen Land sichern.

Auch wenn bei dem später veröffentlichten internationalen Lesetest IGLU die deutschen Schüler besser als bei der PISA-Untersuchung abschnitten - der Abstand zur Spitzengruppe war jedoch dennoch nach wie vor groß. Die CDU/CSU plädiert daher für eine frühkindliche Förderung.

Für die CDU/CSU steht seit jeher die Familie als Ausgangspunkt für die Erziehung von Kindern im Mittelpunkt. Daher haben die Eltern eine große Verantwortung. In den meisten Fällen nehmen sie diese auch wahr; sie wollen ihre Kinder gut erziehen, und es gelingt ihnen. Leider erleben wir heute aber auch in zu vielen Einzelfällen das Gegenteil. Gerade in Großstädten und sich ändernden Arbeitswelten werden die Kindergarten- und Schulkinder zu Hause vernachlässigt, die Hausaufgaben nicht mehr begleitet, der Gameboy oder der Computer ersetzen die Erziehung. Stichwort Schlüsselkinder. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Schulleistungen, zumal sich in auflösenden Klassenverbänden die Lehrer oftmals auch nicht mehr den Einfluss und Überblick haben. Auch stehen nicht mehr die tradierten Familienbande zur Verfügung, wie dies früher der Fall war. Der Mehrgenerationenhaushalt, wo auch die Großeltern sich um die Enkel kümmern konnten, ist heute eher selten.

Bisher haben wir Bildungs- und Familienpolitik zu sehr getrennt. Das sollte sich in Zukunft ändern. Außerdem müssen wir die Familien und deren Erziehungskompetenz stärken. Das bedeutet, es muss vor allem denen geholfen werden, die sich bei der Erziehung überfordert sehen. Die internationale Grundschuluntersuchung Iglu hat bei deutschen Kindern diese nicht unerhebliche Defizite offen gelegt. Die Studie hat verdeutlicht, welchen hohen Stellenwert

z.B. die Heranführung an das Lesen in der Familie hat. Doch tatsächlich sitzen die Kinder heute eher vor dem Fernseher und lassen sich berieseln. Die eigene Fantasie bleibt dabei auf der Strecke. Der Auffassung der Bundesbildungsministerin, dass Deutschland zufrieden stellend bei Iglu abgeschnitten hat, muss daher energisch widersprochen werden. Die Ergebnisse wurden schöneredet: Wenn ungefähr 30 Prozent der Viertklässler hier zu Lande erhebliche Schwierigkeiten beim Lesen haben, muss nicht nur in den Kindergärten und Grundschulen etwas geschehen, sondern auch in den Familien. Dort muss das Lesen gefördert werden. Sonst haben unsere Kinder in der Berufswelt künftig geringere Chancen. Das dürfen wir nicht akzeptieren.

Das Lesen lernen sollte also durchaus schon vor Eintritt in die Grundschule auf spielerische Weise angeregt werden. Denn dass das Lesenlernen erst mit der Grundschule beginnen darf, ist eine Sichtweise, die inzwischen überholt ist. Dies gilt auch für Fremdsprachen. Fest steht: Kinder wollen lernen. Wir müssen die Zeit der frühkindlichen Erziehung also effektiver nutzen und benötigen eine bessere Verzahnung von Familie, Kindergarten und Grundschule.

Die Iglu-Studie hat vor allem Schwierigkeiten bei den Migrantenkindern offengelegt, die in ihren Familien oft nicht Deutsch sprechen. Gerade mit Blick auf diesen wachsenden Personenkreis der Migrantenkinder sind die Ergebnisse der Studie besonders alarmierend. Deshalb müssen wir handeln: Kinder aus Einwandererfamilien brauchen schon vor Eintritt in die Grundschule Sprachförderung, so dass sie später auch am Unterricht teilnehmen können. Mit Tests muss die Sprachkompetenz vor Eintritt in die Grundschule überprüft werden. Wir müssen aber auch an deren Eltern denken, die Angebote zur Sprachförderung dringend benötigen.

Neben der Familie muss aber der Staat bei den Rahmenbedingungen für Familien ansetzen. Das Familienkonzept der Union beruht daher auf drei Säulen: Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, finanzielle Gerechtigkeit für Familien und Stärkung der Erziehungskompetenz.

In Betreuungseinrichtungen ist darüber hinaus ein intensiver Erfahrungsaustausch von Erziehern und Eltern nötig, um, wenn es erforderlich ist, Erziehungsprobleme und -fragen zu lösen. Das ist heute aber noch nicht in ausreichendem Maß der Fall. Wir müssen daher Kindergärten in Zukunft zu einem Haus der Familie weiterentwickeln, wo Eltern Angebote zur Familienbildung und Beratung finden.

Die Union hat als Vision das Familiengeld zur Herstellung von finanzieller Gerechtigkeit von Familien zur Diskussion gestellt. Die Notwendigkeit ist sogar noch größer geworden. Die Familien werden durch Steuern und Abgaben zunehmend belastet. Es darf doch nicht sein, dass Kindergartengebühren, wie jetzt in Berlin geplant, mal eben um 40 % auf maximal 450 € erhöht werden. Das ist doch nicht familienfreundlich. Allerdings wird die Kassenlage des Staates infolge der Politik von Rot-Grün immer prekärer. Hier muss man sich nun überlegen, in welcher Weise eine Einführung des Familiengeldes möglich ist.

Die Union hat vor der letzten Bundestagswahl die Größenordnung bestimmt. Im Einzelnen: Monatlich 600 Euro für Kinder unter drei Jahren, 300 Euro für Kinder über drei Jahren bis 18 Jahre und 150 Euro nach 18 Jahren während der Ausbildung. Wir haben auch gesagt, dass das Familiengeld weiterzuentwickeln ist.

Zu einem wichtigen Eckpunkt unserer Forderung gehört, dass Kinder durch das Familiengeld aus der Sozialhilfe geholt werden. Diskutiert werden muss natürlich noch, in welchen Stufen das Familiengeld eingeführt werden kann. Entscheidend ist, dass es mit einer Steuerreform und der Reform der sozialen Sicherungssysteme abgestimmt ist. Wenn Steuern steigen, muss auch das Familiengeld angepasst werden.